

Protokoll
**über die öffentliche/nicht öffentliche des Finanz-, Personal-,
Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses**

Sitzungstermin: Dienstag, den 08.03.2022

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:27 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Bodo Bargmann

stv. Vorsitzender

Herr Bastian Wehmeyer

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Menko Bakker

Frau Erika Biermann

Herr Arnold Gossel

Frau Monika Gronewold

Herr Udo Haßbargen

Frau Klara Jéhn-de Witt

Frau Almut Kahmann

Frau Dore Löschen

Herr Volker Rudolph

Herr Stefan Scheller

Vertretung für Frau Harms
bis 19.16 Uhr

Vertretung für Herrn Bathmann

Beratende Mitglieder

Herr Hermann Ihnen

Herr Reinhard Warmulla

Vertretung für Herrn Wulff

von der Verwaltung

Frau Marion Decker

Herr Heiko Denekas

Herr Horst Feddermann

Herr Uwe Goemann

Herr Günter Harms

Frau Manuela Ideus

Frau Laura Rothe

Protokollführung

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Harald Bathmann
Frau Antje Harms

Beratende Mitglieder

Herr Gerhard Wulff

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bargmann eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) vom 08.02.2022

Frau Altmann erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum Konzept der Parkraumbewirtschaftung (TOP 6) und wann die Daten zur Prüfung der Investitionsrückstände durch den Landesrechnungshof zur Verfügung gestellt werden. Herr Feddermann erläutert, dass an dem Konzept zur Parkraumbewirtschaftung gearbeitet werde, aufgrund der Vakanzen im Bereich Planung und der erst zum 01.01.2022 erfolgten Neubesetzung der Fachbereichsleitung im Fachbereich 3 könne derzeit noch nichts berichtet werden. Die Daten zur Prüfung des Landesrechnungshofes werden nachgereicht.

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 08.02.2022 wird bei 3 Enthaltungen genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Herr Gossel schlägt vor, den TOP 9 von der Tagesordnung zu nehmen, da der zuständige Ortsrat sich noch nicht damit befasst habe.

Herr Bargmann erläutert, dies wäre auch sein Vorschlag gewesen. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung um die Vorlage 22/054 (Leitungsstelle Planung) ergänzt werden sollte. Dies könnte als TOP 17.1 behandelt werden.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

TOP 6 Kenntnisgaben der Verwaltung

Seitens der Verwaltung sind keine Kenntnisgaben bekanntzugeben.

**TOP 7 Jahresbericht über den Sachstand u. die Zielerreichung der haushaltsrelevanten Produkte 2021
Vorlage: 22/044**

Herr Gossel weist darauf hin, dass im Organigramm noch die Namen der ehemaligen Fachbereichsleitungen aufgeführt sind. Zudem sei er verwundert, dass unter Punkt 2.2 (Produkt 571-010 Förderung der Wirtschaft) der Bearbeitungsstatus beim ersten Ziel bzw. der ersten Maßnahme (weitere Entwicklung INDU Aurich-Nord westlich Dornumer Str.) bei 90 Prozent läge, eine Weiterführung in 2022 aber nicht geplant sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Maßnahme wird selbstverständlich abgeschlossen, aber dieses konkrete Ziel soll im Haushaltsplan 2022 nicht mehr als konkretes Ziel beim Produkt 571-010 auftauchen. Daher keine Weiterführung in 2022.

Frau Altmann erkundigt sich, warum beim Produkt 111-090 Personalwesen die Maßnahme „Erstellung eines Personalsicherungskonzeptes bis zum 30.06.2021“ mit dem Status „in Arbeit“ und einer Quote von 0 % angegeben sei. Herr Feddermann erläutert, dass derzeit die Maßnahme nicht vollends bearbeitet sei. Zudem müsse geklärt werden, was dieses Konzept aussagen bzw. erreichen solle. Herr Bargmann erläutert, dass dieses Produkt bzw. das Produktziel aufgrund eines Antrages der CDU (Antrag 20/012) gebildet worden sei. Hier könnte der Antrag als Anhaltspunkt verwendet werden. Dort seien die Erwartungen genau beschrieben. Frau Altmann möchte zudem einen verlässlichen Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahme festlegen. Frau Rothe informiert, dass die Personalbesetzung im zuständigen Fachdienst derzeit gering sei. Würde eine eilige Umsetzung der Maßnahme gewünscht sein, müsste notfalls ein externes Büro damit beauftragt werden. Herr Feddermann schlägt vor, im nächsten Ausschuss zunächst einen Zwischenbericht vorzulegen. Ein fertiges Konzept für über 600 Mitarbeiter bis zum 30.09.2022 sei aus seiner Sicht nicht leistbar.

Weiterhin möchte Frau Altmann eine Erklärung, warum beim Punkt 7.2 des Produktes 522-010 Wohnbauförderung kein Sachstandsbericht zum öffentlich geförderten Wohnraum möglich sei. Herr Feddermann verweist an den zuständigen Fachausschuss (BaSaKo). Dort sei das Produkt zu beraten.

Abschließend erkundigt sich Frau Altmann, warum der Status für die Überprüfung der Friedhofssatzung (Punkt 14.2) offen sei und ob die Begründung realistisch sei, dass die Einrichtung eines Begräbniswaldes noch in 2022 erfolgen werde. Frau Rothe erläutert, beides sei eng miteinander verbunden. Eine Ausschreibung für die Errichtung des Begräbniswaldes solle noch in der ersten Jahreshälfte 2022 erfolgen. Parallel dazu werde bereits an einer neuen Friedhofssatzung sowie der dazugehörigen Gebührensatzung gearbeitet.

Herr Warmulla kritisiert, dass es beim Produkt 522-020 bezahlbarer Wohnraum keine Fortschritte gäbe. Herr Bargmann verweist auf den Tagesordnungspunkt 8 Haushaltsberatungen, da es sich bei dem Jahresbericht um den Ist-Zustand zum 31.12.2021 handele.

TOP 8 Haushaltsberatung 2022

TOP 8.1 Antrag der FDP-Fraktion, hier: Einberufung einer Haushaltskonsolidierungsgruppe
Vorlage: ANTRAG 22/004

Herr Bakker erläutert den Antrag der FDP zur Einberufung einer Haushaltskonsolidierungsgruppe für den Haushalt 2023. Frühzeitig müsse damit begonnen werden, verschiedene Leistungen zu hinterfragen, um ein Einsparpotential in Millionenhöhe zu erreichen. Die Gruppe solle parteiübergreifend zusammengesetzt sein, sich außerhalb des Rathauses treffen, auf Sitzungsgelder verzichten und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit schaffen. In einer solchen Haushaltskonsolidierungsgruppe würde man eher Zugeständnisse machen, als in öffentlichen Sitzungen.

Herr Warmulla steht dem Antrag zur Einberufung einer nicht öffentlichen Arbeitsgruppe kritisch gegenüber. Es gab bereits in der Vergangenheit viele nicht öffentliche Arbeitsgruppen. Er stehe für mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung. Dieser Vorschlag sei für ihn eine

Art der „Hinterzimmer-Politik“. Für die Haushaltskonsolidierung sei grundsätzlich der Finanzausschuss zuständig. Auch wenn bei einer Haushaltskonsolidierung manchmal unpopuläre Entscheidungen zu treffen seien, sollte dies in öffentlicher Sitzung geschehen. Gerade diese Diskussionen und Entscheidungsprozesse seien wichtig, um Verständnis und Transparenz zu schaffen.

Herr Rudolph erklärt, dass dieser Antrag lange in der Gruppe SPD/GAP diskutiert worden sei. Er betont die Wichtigkeit des gut funktionierenden Finanzausschusses. Als Vorteil einer solchen Gruppe sieht Herr Rudolph, dass es keine Spiegelfechtereien oder Profilierung gegenüber der Presse gebe, es dürfte jedoch nicht der Eindruck einer Mauschelei entstehen. Die Gruppe SPD/GAP könnte sich vorstellen, diese Haushaltskonsolidierungsgruppe auszuprobieren. Die Wichtigkeit des Finanzausschusses müsse dabei jedoch immer an erster Stelle stehen.

Frau Altmann lehnt diese Gruppe kategorisch ab und ihre Fraktion werde auch nicht daran teilnehmen. Ihrer Meinung nach würde eine eigene Haushaltskonsolidierungsgruppe das NKomVG aushebeln und verringere die Transparenz. Sie habe kein Problem damit, unpopulären Entscheidungen öffentlich zu treffen und nach außen zu vertreten, wenn diese nachvollziehbar seien. Frau Altmann sei nicht grundsätzlich gegen nicht öffentlichen Gruppen, sie müssten allerdings sinnvoll sein. Die Haushaltskonsolidierungsgruppe sei der Finanzausschuss und letztlich der Rat der Stadt Aurich.

Herr Wehmeyer spricht für die CDU und kann dem Antrag der FDP im Allgemeinen zustimmen. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage der Stadt Aurich sehe er akuten Handlungsbedarf. Es müssten vorab jedoch feste Rahmenbedingungen festgelegt werden. Es sollte einen festen Teilnehmerkreis geben, die Führung obliegt dem Finanzausschuss, alle Sitzungen werden protokolliert und die jeweilige Fachkompetenz aus der Verwaltung sei anwesend.

Herr Bargmann teilt abschließend mit, dass diese Arbeitsgruppe dem Finanzausschuss ausschließlich zuarbeiten könne. Die Beschlüsse seien im Finanzausschuss herbeizuführen. Somit lässt er – ergänzt durch die Ausführungen der CDU - über den Antrag der FDP abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen

TOP 8.2 Antrag der Fraktion FDP, hier: Änderungsantrag zur Vorlage 21/215 - Verlängerung der Einschränkung der Parkgebühren in der Auricher Innenstadt
=
Vorlage: ANTRAG 21/032

Herr Bakker erläutert den Antrag der FDP und macht den Vorschlag, über den Erlass der Parkgebühren für alle sowie die Befreiung der Parkgebühr für Elektro- und Hybridfahrzeuge getrennt voneinander abzustimmen.

Angesichts fehlender Einnahmen und aus Gründen des Klimaschutzes beanstandet Frau Altmann den Vorschlag der FDP. Sie könne dem Antrag nicht zustimmen und es sei nicht nachvollziehbar, wieso eine bestimmte Gruppe Sonderrechte erhalten solle.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 08.03.2022

Für Herrn Rudolph widerspricht sich die Tatsache, auf der einen Seite eine Haushaltskonsolidierung zu fordern und auf der anderen Seite auf Einnahmen zu verzichten. Zudem sei es nicht nachweisbar, dass ein Verzicht auf Parkgebühren zu einer höheren Frequentierung bzw. Belegung der Innenstadt führe. Die SPD/GAP Fraktion werde diesen Antrag nicht unterstützen.

Herr Warmulla sieht diesen Antrag ebenfalls kritisch. Aus seiner Sicht sei es bereits falsch gewesen, die Aussetzung der Parkgebühren für 2022 zu verlängern. Es ginge ja auch nicht um die Parkgebühren an sich, sondern um die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt. Eine Belegung der Innenstadt sei auch anders realisierbar. Zudem müssten auch die Kosten der Tiefgarage, die er bereits bei der Verwaltung angefragt hatte, in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Herr Warmulla ist der Meinung, die Stadt Aurich für den Auto- bzw. Parkverkehr schon genug aufwende. Auch aus ökologischer Sicht sei dies das falsche Signal.

Herr Wehmeyer stellt klar, dieser Antrag werde zum falschen Zeitpunkt gestellt. Für das Jahr 2022 wurde grundsätzlich beschlossen die Parkgebühren auszusetzen. Aber für das Jahr 2023 sei es zu verfrüht, denn man wisse derzeit nicht, um welche konkrete Zahlen es gehe.

Sodann lässt Herr Bargmann über die Verlängerung der Einschränkung der Parkgebühren abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme und 12 Nein-Stimmen

Frau Altmann führt aus, dass Anträge zur Förderung der Elektromobilität bereits vor Jahren gestellt worden sind. Im vorliegenden Antrag gehe es aber lediglich um die Befreiung der Parkgebühren für Elektro- und Hybridfahrzeuge. Sie kritisiert die Gleichstellung von Elektro- und Hybridfahrzeugen, da die Gestellungskosten für Parkplätze unabhängig vom Fahrzeugtyp seien. Menschen, die Hybridfahrzeuge fahren, tun dies nicht unbedingt umweltbewusst. Frau Altmann lehne diesen Antrag ab, da er aus Ihrer Sicht in die falsche Richtung gehe.

Herr Gossel möchte diesen Antrag zurückstellen lassen, da erst abgewartet werden müsse, wie sich die Umgestaltung des Georgswalls weiterentwickle. Grundsätzlich befürworte er die E-Mobilität und die Bereitstellung von Ladesäulen.

Herr Bakker erinnert, dass ein Ladeinfrastrukturkonzept von der Klimaschutzbeauftragten erarbeitet werden solle. Zudem stellt er richtig, dass Hybridfahrzeuge ebenfalls ein „E“ auf dem Kennzeichen tragen. Daher wurde der Antrag so formuliert, um eine einfache Kontrolle zu gewährleisten.

Herr Feddermann stellt richtig, dass das Ladekonzept von der Wirtschaftsförderung erarbeitet werden solle.

Abschließend stellt Herr Bargmann den 2 Teil des Antrages zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme und 12 Nein-Stimmen

Auf Nachfrage von Frau Altmann stellt Herr Bargmann klar, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der nächsten Ausschusssitzung behandelt werde.

TOP 8.3 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 - Einbringung des Verwaltungsentwurfes
Vorlage: 22/032

Zu Beginn weist Herr Bargmann daraufhin, dass nur die Themenbereiche (Personal, Parkraum, Feuerwehr etc) beraten werden sollen, für die der Finanzausschuss zuständig sei.

Anlage 4 Liste der vorläufigen Haushaltsreste 2021

Herr Warmulla erkundigt sich nach dem Haushaltsrest für den bezahlbaren Wohnraum (INV-16-099). Herr Feddermann erläutert, dass hierfür aufgrund der Nichtumsetzung in 2021 ein Haushaltsausgabereist nach 2022 vorgetragen wurde.

Anlage 5 Liste freiwillige Leistungen

Produkt 545-010 Straßenreinigung und Winterdienst

Herr Gossel erfragt, warum die Kosten der Papierkorbentleerung den freiwilligen Leistungen zugeordnet seien. Diese müssten ja eigentlich über die Straßenreinigungsgebühren gedeckt werden. Herr Denekas verweist auf die Vorlage 18/240. Dort heißt es u.a.: In den Beratungen zum Haushalt 2017 wurde durch Ratsbeschluss festgelegt, dass die Papierkorbentleerung fortan nicht mehr durch allgemeine Deckungsmittel, sondern über die Straßenreinigungsgebühr finanziert werden soll. Nach niedersächsischem Recht (§§ 2 und 52 Abs. 1 d) NStrG) sind die Kosten für die Leerung der Straßenpapierkörbe der Straßenreinigung zuzuordnen. Von der Umlage wurde damals jedoch abgesehen, da die Kosten der Papierkorbentleerung nicht rechtssicher ermittelt werden können und zudem sollten in der Innenstadt die Anzahl der Papierkörbe erhöht werden.

Produkt 122-010 Allgemeines Ordnungswesen

Frau Altmann möchte wissen, ob der Zuschuss für das Tierheim ausreichend ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Zuschuss für das Tierheim wurde bereits in 2020 von 24.000 € auf 32.000 € erhöht. Anfragen des Tierheims auf erhöhte Bezuschussung liegen nicht vor.

Zudem wünscht Frau Altmann bei der City-Streife eine Erläuterung der Differenz zwischen dem Jahresergebnis 2022 und dem Ansatz 2022. Herr Feddermann erläutert, dass das reduzierte Jahresergebnis 2020 auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sei.

Produkt 553-010 Friedhofswesen

Frau Altmann erfragt, ob die Unterdeckung im Gebührenhaushalt Bestattungswesen durch eine Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung vermeidbar sei. Herr Gossel erinnert daran, dass die Gebührenhöhe schon mehrfach diskutiert worden sei. Er sei der Auffassung, die Gebühren sollten jedes Jahr erhöht werden. Herr Bargmann bittet, die Höhe des Deckungsgrades soll im Protokoll nachgetragen werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Finanzausschuss vom 28.03.2017 wurde beschlossen, den Deckungsgrad um 10 Prozent auf 80 Prozent zu erhöhen (Drs. 17/043 und 17/043/1). Ob weitere Gebührenanpassungen notwendig seien, sollte danach jährlich überprüft werden. Die Friedhofsgebühren 2018 wurden daraufhin mit einem Kostendeckungsgrad in Höhe von 80 Prozent beschlossen (Drs. 17/198).

Produkt 273-030 Zentrum Natur und Technik

Herr Gossel kritisiert das zu hohe Defizit beim ZNT mit einem Zuschussbedarf in Höhe von insgesamt 384.000 Euro und ca. 84 Euro pro Besucher. Hier müsste dringend gegengesteuert werden, um dieses Defizit zu reduzieren.

Herr Rudolph schlägt vor, beim ZNT eine Analyse bezüglich der Besucher durchzuführen. Dort werde als außerschulischer Lernort hervorragende Arbeit geleistet. Zu prüfen sei, wie die Schulen das Angebot wahrnehmen.

Herr Feddermann bekräftigt die vorherige Aussage, dass im ZNT eine hochkarätige und hervorragende Arbeit geleistet werde. Das Bildungsangebot dort sei einmalig im Nordwesten und das ZNT sei immer komplett von den Schulen ausgebucht. Allerdings sei der finanzielle Beitrag der Schulen nicht so hoch, dass hier eine finanzielle Wertschätzung der Einrichtung erkennbar sei.

Frau Altmann schlägt vor, Drittmittel für das ZNT anzuwerben, damit diese gute Einrichtung für Aurich weiterhin erhalten bleibe, dann aber kostendeckend betrieben werden könnte.

Herr Feddermann erklärt in diesem Zusammenhang, dass schon seit längerem geplant sei, einen Imagefilm über das ZNT zu erstellen. Mit diesem Film könnte das ZNT aktiv beworben werden. Aufgrund der derzeitigen Maskenpflicht ist eine Erstellung dieses Imagefilmes nicht möglich.

Produkt 573-010 Beteiligungen (FD 12)

1. Betriebskosten-Zuschuss abh

Frau Altmann erwähnt, dass ihr der Betriebskostenzuschuss für die abh zu hoch sei. Herr Feddermann erwidert, dass dieser Zuschuss bereits gedeckelt und in der veranschlagten Höhe für die abh notwendig sei, um liquide zu bleiben. Der eigentliche Verlust der abh sei weit höher. Auch hier werde insbesondere im Aufsichtsrat daran gearbeitet, den Zuschuss weiter zu minimieren, aber auch die abh leide unter den Auswirkungen der Corona Pandemie.

2. Betriebskosten-Zuschuss EAE

Herr Warmulla erfragt, warum sich der jährliche Zuschuss in den Folgejahren verringere. Herr Feddermann verweist auf die vom Geschäftsführer der EAE, Herrn Reinecke, aufgestellten Wirtschaftspläne. Man gehe von einem verringerten Zuschuss aus.

Herr Rudolph stellt fest, dass die Nutzungsfrequenz der Bahn stark gesunken sei und bekräftigt, dass der Güterverkehr erhalten bleiben müsse.

Herr Bakker, stellt aufgrund der Anzahl der Fahrten die Frage, ob die Strecke tatsächlich noch wirtschaftlich betrieben werden könne.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 08.03.2022

Herr Warmulla möchte wissen, in wie weit der Rat Informationen zum Wirtschaftsplan von der EAE einfordern könne. Herr Feddermann verweist auf die Arbeit des Aufsichtsrates der EAE. Frau Altmann schlägt vor, analog zur abh könnte auch die Geschäftsführung der EAE das abgelaufene Wirtschaftsjahr im Ausschuss vorstellen. Herr Feddermann merkt an, dass es sich bei der abh um eine 100%-ige Tochter handele, bei der EAE sei die Stadt Aurich nur mit 51 Prozent beteiligt.

3. Betriebskostenzuschuss STEA

Frau Altmann erfragt, ob der Betriebskostenzuschuss so hoch sei, weil die Stadt Aurich auf die Erhebung einer Regenwassergebühr verzichte. Herr Bargmann bestätigt dies. Frau Altmann kündigt an, einen erneuten Antrag auf die Einführung einer Regenwassergebühr zu stellen. Zudem verweist Frau Altmann in diesem Zusammenhang auf den Verzicht der Erhebung von Abwasserbeiträgen in Höhe von 80.000 Euro.

Herr Rudolph hebt den Verzicht auf Gebühren in Höhe von 600.000 Euro hervor. Im Gegensatz zu Steuern läge hier ein Verursacherprinzip zugrunde. Aufgrund der defizitären Lage appelliert Herr Rudolph, den städtischen Haushalt nicht länger mit dieser Summe zu belasten.

Herr Bargmann regt an, die Diskussionen im nächsten Finanzausschuss zu führen, wenn die entsprechenden Anträge vorliegen. Herr Warmulla möchte dann wissen, wer von einer Regenwassergebühr in welcher Höhe betroffen wäre. Herr Bargmann entgegnet, dass dies von der Ausgestaltung der Satzung abhängig sei. Es werde in jedem Fall alle Bürger und auch die Gewerbebetriebe treffen, die an der Oberflächenentwässerung angeschlossen sind.

Frau Altmann erinnert an die Berechnung der Verwaltung aus dem Jahr 2017. Anträge auf Überprüfung, ob diese Berechnungen noch aktuell seien, wurde stets abgelehnt. Für eine erneute Beratung fordere sie eine aktuelle Arbeitsgrundlage.

Anlage 7 - Übersicht Ziele und Maßnahmen der wesentlichen Produkte 2022

111-090 Personalwesen

1.) Erstellung eines Personalsicherungskonzeptes Zwischenstands-Bericht zum 30.09.2022

einstimmig

126-010 Brandschutz

- 1.) Umsetzung Brandschutzbedarfsplan
- 2.) Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau des Feuerwehrhauses Aurich in der Diere

11 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Produkt 522-020 Bezahlbarer Wohnraum

Einleitend weist Herr Bargmann darauf hin, dass es sich um ein gemeinsames Produkt des Finanzausschusses und des Sozialausschusses handelt. Die 3 Ziele aus dem Vorjahr sollen wie im Controlling-Bericht dargestellt fortgeführt werden.

Herr Warmulla zeigt sich enttäuscht darüber, dass die Umsetzung der Projekte zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu lange dauern. Ergänzend fragt Frau Altmann an, was mit dem Haushaltsausgaberesultat in Höhe von 30.000 Euro geplant sei.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 08.03.2022

Herr Feddermann erläutert, dass der Ansatz als Anschubfinanzierung für weitere Planungen in dem Bereich Schlehdornweg / Hohegaster Weg. Aus personellen Gründen ist eine Umsetzung in 2021 nicht erfolgt. Daher die Übertragung der Haushaltsmittel. Die Umsetzung dort ist weiterhin geplant.

Frau Biermann regt an, hier ein verbindliches Datum (30.09.) zur Vorlage eines Sachstandsberichtes über die Produktziele zu definieren. Frau Altmann weist darauf hin, dass die Stadt Aurich ein Gesamtkonzept zur Wohnraumversorgung benötige. Und dann müsste geklärt werden, wie das Quartier in dieses Gesamtkonzept passe.

Herr Warmulla ist der Auffassung, dass das Quartier Schlehdornweg davon zu trenne sei. Er fordere bis Mitte des Jahres die Vorlage von Grobkonzepten. Schließlich sollte hier bereits in 2019 gestartet werden. Gegebenenfalls müsste über die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft nachgedacht werden.

Herr Gossel entgegnet, dass Konzepte bereits vorliegen würden. Zudem sei das Programm „Jung kauf alt“ aufgrund der derzeitigen Situation überholt. Man müsse sich entweder davon verabschieden oder aber die entsprechenden Haushaltsmittel einstellen.

Herr Feddermann erklärt, dass die Verwaltung nicht untätig war. Es fehle die finale Abstimmung.

Bargmann regt an, dieses Produkt zunächst im Sozialausschuss zu beraten ist. Erst danach sollte der Finanzausschuss eine abschließende Empfehlung abgeben.

546-020 Parkraumbewirtschaftung

Herr Bargmann führt aus, dass dieses Produkt nicht mehr als wesentliches Produkt gelten solle. Das Ziel wurde in 2021 erreicht, eine Weiterführung sei nicht beabsichtigt.

Frau Altmann ist damit nicht einverstanden. Aus ihrer Sicht sei die Erarbeitung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes dringend erforderlich. Daher sollte bei diesem Produkt die Wesentlichkeit bestehen bleiben. Wie im letzten Jahr werde sie dies beantragen.

Herr Bargmann empfiehlt, die Beratung zu diesem Produkt in der nächsten Sitzung fortzusetzen und dann auch über den Antrag zu beraten.

Produkt 553-010 Friedhofswesen

Überprüfung der Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung bis zum 30.09.2022

einstimmig

Abschließend weist Herr Feddermann eindringlich auf die schlechte Haushaltslage hin. Der Haushaltsentwurf wurde Mitte Februar eingebracht. Herr Feddermann ist sich nicht sicher, ob dieses Defizit aufgrund der gegenwärtigen Lage ausreichend sei. Er erwarte für die Zukunft erhöhte Energiekosten. Zudem sei mit steigenden Zinsen zu rechnen. Bei einem Stand der Kassenkredite in Höhe von 45 Mio. Euro betragen die Zinsaufwendungen bei einem Zinssatz von 1 Prozent 450.000 Euro. Seit Einbringungen habe sich die Haushaltslage verschlechtert. Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage drohen unkalkulierbare Risiken für die nächsten Jahre. Dies sollte in den folgenden Beratungen bedacht werden.

Herr Gossel erfragt die Ausgestaltung der Energieverträge. Werden die Preissteigerungen gleich durchschlagen. Diese Antwort soll laut Herrn Feddermann über das Protokoll nachgereicht werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Strombezug ist bis zum 31.12.2023 vertraglich gesichert. Der Gasbezug muss ab dem 01.01.2023 neu abgeschlossen werden. Preisanpassungen für die geltenden Verträge sind nicht vorgesehen.

Hinsichtlich der Energiekosten fragt Frau Altmann an, ob wie bei Landkreis Aurich eine energetische Sanierung des Rathauses, insbesondere der Fassade, geplant sei. Für Sanierungen sind vom Bund Förderprogramme in Aussicht gestellt worden.

Herr Feddermann erläutert, dass Frau Busch Maaß (FBL 3) an dem Thema arbeite. Man sei auf der Suche nach einem Büro, welches die Kosten einer solchen Sanierung berechnen könne. Sollte erste Kostenschätzungen vorliegen, würde die Verwaltung die Politik entsprechend informieren. Das Rathaus eigne sich für eine energetische Sanierung aufgrund der Bauweise sehr gut, man rechne aber mit Kosten in Höhe von 3-4 Mio. Euro. Diese notwendige Sanierung sei nur mit entsprechenden Fördermitteln leistbar.

Auf Nachfrage von Frau Altmann erläutert Herr Feddermann, dass die weitere Entwicklung der Überschussrücklage ungewiss sei. Die Haushaltskonsolidierungsgruppe sei ein wichtiger Schritt, einer Reduzierung der Überschussrücklage entgegen zu wirken. Es müssten positive Jahresabschlüsse erreicht werden. Nur dadurch könnte ein weiterer Verzehr der Überschussrücklage aufgehalten werden.

TOP 8.4 Stellenplan 2022 - Beratung der Stellenplanveränderungen

Frau Rothe erläutert den Mitgliedern des Finanzausschusses ausführlich die Veränderungen des Stellenplanes 2022 gegenüber 2021. Auf Nachfrage von Frau Altmann bestätigt Frau Rothe, dass die Stelle der Klimamanagerin im Stellenplan 2022 berücksichtigt und damit entfristet worden ist. Hier wurde eine E11 Stelle im Fachdienst 26 Klima, Umwelt und Verkehr geschaffen.

Herr Feddermann erläutert die Entwicklung der Personalkosten. Auch wenn die Personalkosten stark gestiegen sind, so sei der Personalbereich keineswegs überladen worden. Die Stadtverwaltung sei ein Dienstleistungsbetrieb, daher werde jede Stelle auch dringend benötigt.

Frau Decker lobt die gute Zusammenarbeit zwischen dem Personalrat und dem Dienstherrn. Sie appelliert, im Personalbereich der Stadt Aurich nicht zu sparen, sondern zu investieren.

TOP 9 Beschlussfassung zur "Petition zur Abschaffung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Straße "Schirumer Weg"
Vorlage: 21/203

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen. Sh. hierzu auch TOP 4

**TOP 10 Rückwerb des Schulzentrums Sandhorst "Waldorfschule" und Wieder-
veräußerung des Schulgebäudes nebst Einfeld-Turnhalle und Nebengebäude**
Vorlage: 21/217/1

Empfehlungsbeschluss:

1. Die Stadt Aurich erwirbt die im anliegenden Lageplan (Anlage 1) rot umrandet dargestellten Grundstücksflächen, Flurstücke 93/15, 93/18, 93/16 und 93/11 jeweils der Flur 8 der Gemarkung Sandhorst zurück.
2. Die Stadt Aurich teilt den Grundbesitz, bestehend aus dem Flurstück 93/15 und einer Teilfläche aus dem Flurstück 93/18 der Flur 8 der Gemarkung Sandhorst, welcher mit dem Schulgebäude und der Zweifeld-Turnhalle bebaut ist, in zwei Teileigentumseinheiten auf und bestellt Sondernutzungsrechte an den nicht bebauten Grundstücksflächen, die nicht zwingend als Gemeinschaftseigentum ausgewiesen werden müssen. Die betroffene Grundstücksfläche ist im anliegenden Lageplan (Anlage 2) blau schraffiert dargestellt.
3. Die Stadt Aurich verkauft
 - die im anliegenden Lageplan (Anlage 3) grün schraffiert dargestellten Teilflächen aus den Flurstücken 93/18 und 93/11 jeweils der Flur 8 der Gemarkung Sandhorst sowie
 - die noch zu bildende Teileigentumseinheit, verbunden mit dem Sondereigentum an den nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen des Schulgebäudes und des Forums – soweit diese nicht gemäß WEG zwingend als Gemeinschaftseigentum auszuweisen sind – und den damit verbundenen Sondernutzungsrechten.
4. Vertragspartner: siehe Angaben in Anlage 4 (nicht öffentlich).
5. Der Rückkaufpreis beträgt 800.000,00 Euro.
6. Der Wiederkaufpreis beträgt 2.250.000,00 Euro und wird mit dem zu zahlenden Rückkaufpreis in Höhe von 800.000,00 Euro verrechnet.
7. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

TOP 11 Anfragen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Es werden weiterhin keine Anfragen geäußert.

TOP 13 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Bargmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.15 Uhr.